



II-2227 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, 14. März 1973

Zl. 11.648-Präs.G/73

Parlamentarische Anfrage Nr. 1078/J
der Abgeordneten Wielander, Kittl,
Kurt Maier und Gen. betreffend
Unterstützung von Liftunternehmen

1039 / 1078
14. März 1973

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 1078/J betreffend
"Unterstützung von Liftunternehmen", die die Abgeordneten
Wielander, Kittl, Kurt Maier und Genossen am 14. Februar 1973
an mich richteten, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Eine Gewährung von Überbrückungshilfen an Liftunternehmen durch
mein Ressort erscheint derzeit allein schon deshalb nicht möglich,
weil die Richtlinien für die Fremdenverkehrsförderungsaktion des
Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie lediglich
die Leistung von Zinsenzuschüssen für Investitionskredite vor-
sehen. Derartige Zinsenzuschüsse können auf Grund der Kompetenzen
meines Ressorts weiters auch lediglich für Schleplift-, nicht
aber für Sessellift- und Seilbahnunternehmen gewährt werden.

Mit Hinblick auf die als Stabilisierungsmaßnahme verfügte teil-
weise Bindung der im Budget meines Ressort veranschlagten
Förderungsmittel erscheint schließlich auch eine Umschichtung
der Mittel für eine Überbrückungshilfeaktion ausgeschlossen.

Ich darf jedoch darauf hinweisen, daß mein Ressort derzeit be-
müht ist, sich einen Überblick über allenfalls vorliegende,
ausschließlich auf die schlechte Schneelage der letzten Winter

- 2 -

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

zurückzuführende Härtefälle zu verschaffen, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen Besserung der Schneelage ein abschließendes Bild wohl erst nach Abschluß der März-/Aprilsaison (Ostersaison) gewonnen werden kann. Sollte sich ergeben, daß in Sonderfällen eine ausreichende Hilfe durch die kreditgewährenden Unternehmen sowie durch die Länder und Gemeinden allein nicht gewährt werden kann, so bin ich gerne bereit, mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen die Frage entsprechender Maßnahmen des Bundes zu prüfen.

